

«Das ist ein Weckruf aus der Innerschweiz»

Die Zentralschweizer Kantone wollen dem Bund keine Zivilschutzanlagen als Reserve für Asylunterkünfte Verfügung stellen.

Christian Glaus

Noch fehlt dem Staatssekretariat für Migration die komplette Übersicht. Doch wenn sich die ablehnende Haltung der Kantone bestätigt, dürfte der Bund bei der Unterbringung von Asylsuchenden vor einem Problem stehen. Worum geht es? Der Bund rechnet im laufenden Jahr – verglichen mit dem Vorjahr – mit einem weiteren Anstieg der Asylgesuche. Je nach Szenario dürften zwischen 27 000 («mittel») und 40 000 Gesuche («hoch») gestellt werden. Um sich dafür zu wappnen, wollte der Bund als Reserve Containerdörfer mit 3000 Plätzen bauen. Der Ständerat lehnte dies im Juni jedoch ab.

Deshalb sind Alternativen nötig. Und hier kamen die Kantone ins Spiel. Sie erhielten eine Frist bis am 22. August, um dem Bund zu melden, welche Zivilschutzanlagen er notfalls nutzen kann. Nun zeigt eine Recherche von SRF: Nicht alle Kantone machen mit; die Zentralschweiz ist geschlossen dagegen, dem Bund Zivilschutzanlagen als Reserveunterkünfte zur Verfügung zu stellen.

Die 3000 Reserveplätze dürften verfehlt werden

Der Obwaldner Mitte-Regierungsrat Christoph Amstad ist Präsident der Zentralschweizer Sozialdirektorinnen und -direktorenkonferenz. Im Namen der Zentralschweizer Kantone sagt er gegenüber SRF: «Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das im Moment nicht machen. Viele Zivilschutzanlagen sind im Eigentum der Gemeinden und verfügen über weniger als die 100 geforderten Plätze. Teilweise werden die Unterkünfte schon heute Asylsuchenden zur Verfügung gestellt.» Auch die Kantone Waadt, Solothurn,



In der Zivilschutzanlage Dagmersellen wurden Anfang Jahr rund 70 Geflüchtete untergebracht.

Bild: Manuela Jans-Koch (4. 1. 2023)

Graubünden, Thurgau und beide Basel werden dem Bund keine Zivilschutzanlagen anbieten. Somit dürfte das Ziel von 3000 Reserveplätzen verfehlt werden. Amstad bestätigt dies und sagt, dass für das normale Szenario genügend Asylunterkünfte zur Verfügung stünden. «Aber wenn mehr Asylsuchende kommen, als wir erwarten, könnten wir sie mit den bestehenden Strukturen nicht mehr unterbringen, und dafür suchen wir jetzt Unter-

künfte.» Aus der Zentralschweiz hat der Bund quasi eine doppelte Abfuhr erhalten. Denn von den zehn Ständeräten stimmte im Juni einzig der Obwaldner Amstad dies und sagt, dass für das normale Szenario genügend Asylunterkünfte zur Verfügung stünden. «Aber wenn mehr Asylsuchende kommen, als wir erwarten, könnten wir sie mit den bestehenden Strukturen nicht mehr unterbringen, und dafür suchen wir jetzt Unter-

ten. Ständerat Erich Ettlín will den Entscheid seiner Ratskollegen und -kollegen nicht kommentieren, wie er gegenüber unserer Zeitung sagt. Aber: «Dass dadurch Probleme bei der Unterbringung von Asylsuchenden entstehen, hat sich abgezeichnet.» Das habe er aus Gesprächen mit dem Verteidigungsdepartement und den Kantonen erfahren.

Der Bund hat schon heute Mühe, genügend Betten zur Ver-

fügung zu stellen. Wenn das Parlament den Bau von Containersiedlungen verweigert, erschwert das die Situation zusätzlich. «Am Schluss bleibt es an den Kantonen hängen», sagt Ettlín. Denn sind die Kapazitäten des Bundes ausgeschöpft, bleibt ihm nichts anderes übrig, als die Asylsuchenden früher auf die Kantone zu verteilen.

In diesem Kontext müsse man auch den Entscheid der sechs Zentralschweizer Kantone

sehen, die dem Bund keine Zivilschutzanlagen zur Verfügung stellen wollen, sagt Ettlín: «Das ist ein Weckruf aus der Innerschweiz.» Er habe zwar Verständnis dafür, dass sich die betroffenen Regionen gegen den Bau grosser Containerdörfer wehrten. Doch die Probleme im Asylwesen müsse man gesamtheitlich sehen und auch mal einen unpopulären Entscheid fällen. «Man hat eine Lösung von der Hand gewiesen, jetzt muss eine neue her. Ich hoffe, dass der Bund gemeinsam mit den Kantonen einen Weg findet.»

«Zentralschweiz stellt sich nicht stur»

Gegenüber unserer Zeitung betont Regierungsrat Christoph Amstad, die Zentralschweiz stelle sich nicht stur. Mit den Standorten Emmen, Eigenthal und Glauenberg hätten die Kantone bereits Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Der Bund mache es sich aber zu einfach, wenn er nach dem Nein des Ständerats zu den Containerdörfern darauf hoffe, von den Kantonen Zivilschutzanlagen übernehmen zu können. «Man darf vom Bund schon auch erwarten, dass er über den Sommer andere Möglichkeiten geprüft hat», sagt Amstad. Obwohl das Asylwesen eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden sei, «müssen schliesslich alle Staatsebenen genügend Unterkunftsplätze für Asylsuchende sicherstellen».

Wie es mit der Schaffung von Reserveplätzen weitergeht, kann das Staatssekretariat für Migration noch nicht sagen, weil die Kantone bis und mit 22. August Zeit für Rückmeldungen haben. Man setze alles daran zu verhindern, dass Asylsuchende mangels Plätzen in Bundeszentren früher auf die Kantone verteilt werden.

Prominenter Stadtluzerner FDP-Politiker kämpft für «Mass-Voll»

Alt-FDP-Präsident Daniel Wettstein will für die Protestbewegung «Mass-Voll» nach Bern. Der 68-Jährige sagt, was ihn motiviert.

Interview: Lukas Nussbaumer

Tritt «Mass-Voll» im Kanton Luzern zu den Nationalratswahlen an? Diese Frage hat in jüngster Zeit etwa gleich stark beschäftigt wie jene, ob die Coronaskeptiker und Staatskritiker mit der SVP eine Listenverbindung eingehen. Die erste Frage lässt sich inzwischen mit Ja beantworten, denn «Mass-Voll»-Präsident Nicolas Rimoldi hat den Entscheid dem Online-Portal Zentralplus zugespielt.

Die zweite Frage bleibt vorderhand offen, wie der frühere Stadtluzerner Jungfreisinnige gegenüber unserer Zeitung sagt: «Die Gespräche laufen; der Entscheid dürfte Ende Woche fallen.» Die Chancen für eine Verbindung mit der SVP sind allerdings hoch, wie Rimoldi Mitte Juli sagte: «Wenn wir antreten, ist eine Listenverbindung sehr wahrscheinlich.» SVP-Präsidentin

Angela Lüthold bezeichnete ein Zusammengehen zum gleichen Zeitpunkt als «möglich». Eingabeschluss für Listenverbindungen ist am 4. September.

Karriere als Parteipräsident und Parlamentarier

Wiederum klar ist, mit wem «Mass-Voll» am 22. Oktober ins Rennen um die neun Luzerner Nationalratssitze steigt. Es sind dies Daniel Wettstein, Chantal Stadelmann, Rolf Ottiger und Salome von Däniken, die auf der Liste jeweils doppelt aufgeführt sind.

Während Stadelmann, Ottiger und von Däniken politisch bisher nicht in Erscheinung getreten sind, ist Wettstein ein alter Bekannter in Luzern: Der 68-Jährige politisierte zwischen 2015 und 2018 im Kantonsrat, wo er Mitglied der Staatspolitischen Kommission war. Vorher gehörte er während sechs Jahren

dem Grossen Stadtrat an und war zudem von 2011 bis 2015 Präsident der FDP der Stadt Luzern. Wettstein wird von Weggefährten als «schon länger behördenkritisch» bezeichnet. Er habe zudem «am rechten Rand der FDP politisiert».



Daniel Wettstein (68) politisierte für die FDP im Stadt- und Kantonsparlament. Bild: zvg

Warum treten Sie für «Mass-Voll» zu den Nationalratswahlen an?

Daniel Wettstein: Die Massnahmen der Behörden während der Pandemie haben in mir zunehmend Skepsis und Ablehnung hervorgerufen. Da habe ich es begrusst, dass diese von verschiedenen Bewegungen, darunter «Mass-Voll», hinterfragt wurden. Nun hat mich Nicolas Rimoldi, den ich schon aus seiner Zeit als Jungfreisinniger in Luzern kenne, für eine Kandidatur angefragt.

Sie hätten Nein sagen können. Schliesslich sind Sie immer noch Mitglied der FDP.

Ich gehöre noch der FDP an, das stimmt. Aktiv bin ich aber seit 2018, als ich aus dem Kantonsrat zurückgetreten bin, nicht mehr. Mit meiner Kandidatur für «Mass-Voll» will ich diese

Leute für ihr Engagement unterstützen.

Erwarten Sie kritische Reaktionen aus Ihrem früheren politischen Umfeld?

Solche wird es geben. «Mass-Voll» macht Lärm, das erzeugt halt Widerstand. Wenn die FDP-Spitze ein Problem hat mit meiner Kandidatur, kann sie mir das sagen. Ich kann auch austreten.

Ihre Wahlchancen sind verschwindend klein. Was wäre für Sie ein Erfolg?

Dass ich chancenlos bin, ist mir bewusst. Ein Erfolg wäre es, wenn ich Leute, die sonst nicht wählen gehen, zum Gang an die Urne motivieren könnte.

Wie gestalten Sie Ihren Wahlkampf?

Ich habe nichts Grösseres geplant, auch Plakate werde ich keine machen. Aber ich werde

«Mass-Voll» sicher Geld spenden. Im Vergleich zu meinen früheren Wahlkämpfen für den Kantonsrat und das Stadtparlament ist mein Engagement klein.

Würden Sie eine Listenverbindung mit der SVP begrüssen?

Ich mische mich da nicht ein, die Gespräche finden zwischen den Verantwortlichen von «Mass-Voll» und SVP statt.

Aber Sie haben doch sicher eine Meinung dazu.

Natürlich. Grundsätzlich gehören Listenverbindungen abgeschafft. Aber da es sie nun mal gibt und alle dieses taktische Mittel anwenden, wäre man ja blöd, dies nicht auch zu tun. Deshalb würde ich eine Verbindung mit der SVP begrüssen, da unsere Stimmen sonst verpuffen.